



## **„Subers Bärn – zäme geits!“: Evaluation der Teilprojekte**

### **Repression**

#### **Ziel**

Die allgemeine Erfahrung zeigt, dass mit Präventionskampagnen allein nicht die gewünschte Wirkung erzielt werden kann. Vielmehr macht es Sinn, zur Verhinderung von Littering, wilden Deponien und Vandalismus vermehrt auch auf Repression zu setzen. Der Gemeinderat hat deshalb anfangs 2008 den Auftrag erteilt, im Rahmen eines Pilotprojekts die Möglichkeiten des kommunalen und kantonalen Rechtes zum Erteilen von Abfallbussen auszuschöpfen. In Absprache und Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei sollten daher zwischen den Sommer- und Herbstferien 2008 verstärkte Repressionsmassnahmen an neuralgischen Littering-Standorten umgesetzt und getestet werden.

#### **Projektbeteiligte**

Die Massnahme „Pilotversuch Repression“ wurde unter Leitung der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie SUE, Gewerbepolizei, durchgeführt. Bei der Planung und Umsetzung haben zudem die Abfallentsorgung AEB, das Tiefbauamt TAB, die Stadtgärtnerei SGB, die Kantonspolizei sowie Mitarbeitende von PINTO (Projekt für Prävention, Intervention und Toleranz der Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern) mitgewirkt.

#### **Realisierte Massnahmen**

Der Pilotversuch wurde zwischen 11. August und 19. September 2008 durchgeführt. Als Kontrollschwerpunkte wurden der Waisenhausplatz, die Grosse Schanze und das Bachmätteli sowie die Entsorgungsstellen Migros Zähringer und Weingartstrasse ausgewählt.

Vor Beginn des Pilotversuchs wurde die Öffentlichkeit mit einer Medienmitteilung über die bevorstehenden Kontrollen informiert. Die Schulen rund um den Waisenhausplatz wurden zudem direkt über das geplante Vorgehen aufgeklärt.

Bei der Durchführung unterschieden die Behörden zwischen zwei Phasen: In einer zweiwöchigen Informationsphase wurden Personen, die gegen das Abfallgesetz verstiessten, vorerst auf die Widerhandlung aufmerksam gemacht, ohne dass sie eine Busse erhielten. In der eigentlichen Repressionsphase wurden sodann Ordnungsbussen ausgesprochen. Wegen Littering wurden lediglich vier Bussen ausgestellt, bei den Sammelstellen wurden während des Pilotversuchs acht Personen angezeigt, welche sich nicht an die Benutzungszeiten hielten.

## **Evaluation**

Allein die Ankündigung der Repressionsmassnahmen und die Präsenz von uniformierten Polizeiorganen führten zu einer merklichen Veränderung im Verhalten der Passantinnen und Passanten. Obschon nur wenige Bussen bzw. Anzeigen erfolgten, konnten alle beteiligten Amtsstellen kurzfristig eine klare Verbesserung der Situation feststellen. Die kontrollierten Örtlichkeiten, insbesondere der Waisenhausplatz, waren während dem Pilotversuch auch ausserhalb der Aktionstage sauberer. Nach dem Ende des Pilotversuchs hat die Wirkung aber relativ schnell nachgelassen.

Das Medieninteresse (Zeitungen, Radio, TV, Internet) für den Pilotversuch war sehr gross und die Berichterstattung entsprechend ausführlich. Dank der intensiven, praktisch ausschliesslich positiven Berichterstattung und aufgrund der zusätzlichen Informationsmassnahmen konnte zudem bereits vor Beginn der eigentlichen Repressionsphase ein verändertes Verhalten bei der Bevölkerung festgestellt werden.

Zusammenfassend trugen die folgenden Faktoren zum Erfolg des Pilotversuchs bei:

- Einbindung des Pilotversuchs „Repression“ in die Gesamtkampagne „Subers Bärn – zäme geits!“
- Informationskampagne im Vorfeld
- starke Präsenz vor Ort
- saubere Plätze dank gleichzeitig ausgebauter Reinigungsleistung
- starkes Medieninteresse und Sensibilisierung der Bevölkerung

## **Weiteres Vorgehen**

Nebst den im Pilotversuch beteiligten Stellen ist auch der Gemeinderat der Ansicht, dass nur mit einer kontinuierlichen Durchführung von repressiven Schwerpunkten eine nachhaltige Wirkung erzielt werden kann. Der Gemeinderat hat deshalb der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie den Auftrag erteilt, in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei konkrete Umsetzungsvorschläge für die Weiterführung von repressiven Massnahmen auch im Jahr 2009 zu erarbeiten. Dazu laufen Gespräche mit der Kantonspolizei.

10.02.2009 GS TVS